

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marcel Klinge, Michael Theurer,
Roman Müller-Böhm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/2690 –**

Für eine weltoffene neue Generation – Chancen von "Working Holiday"-Programmen effektiver nutzen

A. Problem

Die FDP-Fraktion fordert in ihrem Antrag eine bessere Nutzung der bestehenden „Working-Holiday“-Programme. Die Antragsteller erläutern, dass durch diese Programme junge Menschen einen Einblick in die Kultur eines anderen Landes erhalten und sich den Aufenthalt durch Ferienjobs finanzieren können. Die Bundesrepublik Deutschland liege mit gerade einmal 6.002 erteilten D-Visa weit hinter anderen Ländern zurück. Für die deutsche Wirtschaft können laut Antragstellern die „Working-Holiday“-Programme ein wirksames Instrument gegen den Fachkräftemangel sein. Die Antragsteller begründen dies damit, dass junge Fachkräfte sich eher für ein Land entscheiden, in dem sie bereits Lebens- und Arbeits- erfahrung sammeln konnten.

Die Antragsteller fordern daher die Bundesregierung auf, ein umfassendes Informationsangebot für Unternehmen zu erstellen mit dem Schwerpunkt auf kleine und mittlere Betriebe. Darüber hinaus sollen das Auswärtige Amt und die Bundesministerien für Arbeit und Soziales sowie für Wirtschaft und Energie ein transparentes Informationsangebot auf ihren Homepages etablieren. Weitere Vorschläge der Fraktion zielen auf das Auslandsmarketing durch die Deutsche Zentrale für Tourismus e. V. (DZT), die Vereinbarung eines entsprechenden Programms mit Großbritannien im Zuge der Brexit-Verhandlungen sowie die Berücksichtigung im Rahmen der nationalen Tourismusstrategie.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/2690 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2019

Der Ausschuss für Tourismus

Sebastian Münzenmaier
Vorsitzender

Heike Brehmer
Berichterstatterin

Gülistan Yüksel
Berichterstatterin

Verena Hartmann
Berichterstatterin

Dr. Marcel Klinge
Berichterstatter

Kerstin Kassner
Berichterstatterin

Stefan Schmidt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Heike Brehmer, Gülistan Yüksel, Verena Hartmann, Dr. Marcel Klinge, Kerstin Kassner und Stefan Schmidt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/2690** in seiner 89. Sitzung am 21. März 2019 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus, zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die FDP-Fraktion plädiert in ihrem Antrag für eine bessere Nutzung der bestehenden „Working-Holiday“-Programme. Durch diese Programme können junge Menschen einen Einblick in die Kultur eines anderen Landes erhalten und sich den Aufenthalt durch Ferienjobs finanzieren. Die Bundesrepublik Deutschland liege mit gerade einmal 6.002 erteilten D-Visa im Jahr 2017 weit hinter anderen Ländern zurück. Im Jahr 2017 haben 30.821 deutsche Staatsbürger und Staatsbürgerinnen einen Aufenthaltstitel über das „Working Holiday“-Programm erhalten, so dass die FDP-Fraktion vermutet, dass die Potentiale, die die Programme der Bundesrepublik Deutschland bieten, bei weitem nicht ausgeschöpft werden. Sie ist der Auffassung, dass die „Working-Holiday“-Programme für die deutsche Wirtschaft ein wirksames Instrument gegen den Fachkräftemangel sein können. Jungen Menschen, die die Kultur und Arbeitswelt in Deutschland kennengelernt hätten, falle es leichter erneut als Auszubildender, Student oder junge Fachkraft zu arbeiten. Insbesondere benötigten kleine und mittelständische Unternehmen sowie Handwerksbetriebe oder Start-ups ein umfassendes Informationsangebot über diese Programme.

Die Antragsteller fordern ein umfassendes Informationsangebot für Unternehmen zu erstellen, insbesondere für kleine und mittlere Betriebe. Darüber hinaus sollen das Auswärtige Amt und die Bundesministerien für Arbeit und Soziales sowie für Wirtschaft und Energie ein transparentes Informationsangebot auf ihren Homepages etablieren. Weitere Vorschläge der Fraktion zielen auf das Auslandsmarketing durch die Deutsche Zentrale für Tourismus e.V. (DZT), die Evaluation der bestehenden Programme, die Vereinbarung eines entsprechenden Programms mit Großbritannien im Zuge der Brexit-Verhandlungen, die Prüfung, mit welchen weiteren Staaten „Working Holiday“-Programme vereinbart werden können sowie auf eine Berücksichtigung im Rahmen der nationalen Tourismusstrategie.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 35. Sitzung am 5. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 60. Sitzung am 5. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 53. Sitzung am 5. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 42. Sitzung am 5. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 51. Sitzung am 5. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 33. Sitzung am 5. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 5. Juni 2019 beraten und abschließend mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Die **Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD** betonten, dass die „Working-Holiday“-Programme einen wertvollen Beitrag zur Völkerverständigung leisten. Sie dienten dazu, Vorurteile abzubauen und förderten den interkulturellen Austausch. Bei den Programmen stehe die Möglichkeit Auslandserfahrungen zu erlangen, im Vordergrund. Die von den jungen Menschen ausgeübten Beschäftigungen hätten in der Regel einen Ferienjob-Charakter und sollten den Aufenthalt in Deutschland finanziell unterstützen.

Aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu „Working-Holiday“-Programmen (BT-Drs. 19/2302) gehe hervor, dass die Programme bereits jetzt schon umfangreich beworben werden. Eine Ausweitung der Marketingaktivitäten durch die Deutsche Zentrale für Tourismus sei deshalb nicht erforderlich. Vielmehr seien die Ursachen für die geringe Inanspruchnahme bei den Sprachbarrieren zu sehen. Da müsse noch einmal überlegt werden, wie diese zu beheben seien.

Es sei auch nicht klar, ob „Working-Holiday“-Programme überhaupt zum Tourismus gezählt werden können. Gleiches gelte für die Forderung der Berücksichtigung der „Working-Holiday“-Programme in der nationalen Tourismusstrategie, in der es vorrangig um tourismusrelevante Themen gehe.

Die Tourismusbranche nutze heute bereits die Potentiale, die sich aus der europäischen Freizügigkeit ergeben. Die Branche bilde Jugendliche aus Nachbarländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit aus und engagiere sich bei der Integration von Flüchtlingen.

Um dem Fachkräftemangel in der Tourismusbranche zu begegnen, gelte es neben dem ausländischen Personal aus EU- und Drittstaaten vor allem auch inländische Kräfte zu mobilisieren. Dazu zählen die Aktivierung von Langzeitarbeitslosen und älteren Erwerbsgruppen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Unterstützung bei der Berufsbildung und die Stärkung des ländlichen Raums als attraktiven Arbeits- und Lebensmittelpunkt. Der Antrag sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion der AfD** erläuterte, dass Deutschland bei den 15- bis 24-Jährigen Reiseziel Nummer eins in Europa sei. Es sei daher fraglich, ob sich mit den „Working-Holiday“-Programme der Anteil junger Menschen signifikant erhöhen könne.

Ganz sicher werde es damit nicht gelingen, einen substantiellen Beitrag bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels zu leisten, da diese Programme von jungen Menschen in Anspruch genommen würden, die gerade einen Schulabschluss gemacht hätten oder noch studierten. Diese Menschen stünden kurzfristig nicht als Fachkräfte zur Verfügung. Es sei fraglich, ob diese jungen Menschen nach Abschluss ihrer Ausbildung nach Deutschland kämen.

Die AfD lehnte den Antrag ab und plädierte dafür, langfristig Fachkräfte im eigenen Land durch Ausbildung zu gewinnen. Es gebe in Deutschland sehr viele Schulabbrecher, ein Problem, das ernsthaft bekämpft werden müsse, um langfristig Fachkräfte im eigenen Land zu gewinnen.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, dass auch nach der geplanten Verabschiedung des neuen Zuwanderungsgesetzes der Koalitionsfraktionen am 7. Juni 2019 im Plenum, der Fach- und Arbeitskräftemangel im Tourismus nicht umgehend behoben sein werde. Das Zuwanderungsgesetz sei die Grundlage für eine qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland. Es müsste aber deutlich mehr unternommen werden, dass Deutschland für gut ausgebildete Menschen, die sich auch für andere Arbeitsorte entscheiden können, attraktiv sei.

Dies sei der Hintergrund des Antrags „Working-Holiday“, der drei Ziele verfolgte: Erstens Stärkung des Tourismus insgesamt, zweitens personelle Unterstützung der Tourismusbranche, insbesondere durch die regionale Flexibilität der Programmteilnehmer und drittens könnten junge Menschen über diese Programme, die ihnen ein Jahr lang die Möglichkeit böten, die Menschen, die Kultur und die Sprache kennenzulernen, die positiven Seiten Deutschlands erfahren und sie ggf. zu einem späteren Zeitpunkt dazu bewegen, in Deutschland zu arbeiten.

Die FDP fordere ein klares Konzept, wie die Chancen von „Working-Holiday“ besser zu nutzen seien. Dazu gehöre ein transparentes Informationsangebot. Die Chancen der Digitalisierung müssten besser genutzt werden. Das Know-how der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) müsse auch für die „Working-Holiday“-Programme genutzt werden, deshalb würde vorgeschlagen, die Vermarktung der Programme darüber laufen zu lassen. Es seien im Vorfeld des Antrags Gespräche mit der DZT geführt worden, die eine Bereitschaft erkennen ließen.

Vor dem Hintergrund des Brexit sollte es jungen Menschen aus Großbritannien weiterhin möglich sein, in Deutschland zu arbeiten. Es könne nicht sein, dass nur junge Deutsche ins Ausland gingen, denn auch Deutschland sei umgekehrt ein attraktives Land für junge Menschen aus dem Ausland.

Die **Fraktion DIE LINKE**, unterstützte einige Forderungen des FDP-Antrags. Der Austausch zwischen jungen Menschen sei wichtig, hierzu gehörten Reisen, Sprachen lernen und andere Kulturen kennenzulernen. Es sei auch richtig, dass die Deutsche Zentrale für Tourismus mehr in die Pflicht genommen werden müsse.

Bei den anderen im Antrag genannten Forderungen mangle es an einer Definition zur Qualität der Arbeit. Es fehlten qualifizierte Angaben zur Arbeitszeit und zu Lohnbedingungen. Es sei bekannt, dass die Tourismusbranche dahingehend keine optimalen Bedingungen biete. Durch diese Programme könne der Fachkräftemangel nicht bekämpft werde, denn dieser sei selbst verschuldet. Die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen und Löhne seien der Grund für den Fachkräftemangel. Die Fraktion werde sich deshalb enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** konnte sich vielen genannten Aspekten der anderen Fraktionen anschließen. Generell diene das Programm der Völkerverständigung und sei eine gute Sache für junge Menschen, das Land, die Kultur und die Sprache kennenzulernen.

Die Fraktion lehne es ab, über die „Working-Holiday“-Programm billige Arbeitskräfte zu gewinnen und damit ein Problem zu lösen, das auf anderem Wege gelöst werden müsse. Man täte weder den jungen Menschen noch den Unternehmen einen Gefallen. Die Unternehmen benötigten nicht nur angelerntes Personal, das gegebenenfalls Sprachbarrieren habe. Das Problem sei so nicht zu lösen und deshalb sei der Antrag abzulehnen.

Berlin, den 6. Juni 2019

Heike Brehmer
Berichterstatlerin

Gülistan Yüksel
Berichterstatlerin

Verena Hartmann
Berichterstatlerin

Dr. Marcel Klinge
Berichterstatler

Kerstin Kassner
Berichterstatlerin

Stefan Schmidt
Berichterstatler

